

## Editorial

„Während unseres Aufenthaltes in Libyen erhielten wir einen tiefen und nachhaltigen Eindruck, wie die Staatsführung den Ölreichtum zu einer grundlegenden Umwandlung des Landes und des Lebens seiner Bewohner nutzt.“ Im letzten Kapitel seiner Autobiographie *Aus meinem Leben* schwärmt Erich Honecker von seinen Begegnungen in Afrika und anderswo. Die dazugehörige Überschrift klingt verheißungsvoll: „Zwischen Manila und Havanna“. Honecker schwamm Ende der siebziger Jahre auf außenpolitischem Erfolgskurs und genoß seine Staatsbesuche, die ihn weit weg führten von der heimischen Wirtschaftsmisere und den bürokratischen Alltagsgeschäften. 1980 hatten 131 Staaten die DDR diplomatisch anerkannt – genügend Raum für eine eigene Diplomatie, sollte man meinen. Doch welchen Spielraum hatte die DDR überhaupt als diplomatischer Akteur? Die Bilder vom frohgelaunten Honecker im Sommeranzug konnten die meisten seiner Gastgeber jedenfalls nicht darüber hinwegtäuschen, daß da ein Duodezfürst vor ihnen stand. Die DDR blieb außenpolitisch das, was sie innenpolitisch war: ein schwacher, abhängiger Staat mit eingeschränkter Souveränität. DDR-Diplomatie und Diplomatie in der DDR sind Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Als am 12. Oktober 1949 das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten gebildet wurde, wurde der CDU-Politiker Georg Dertinger zwar der erste Minister im Amt, starker Mann im Hintergrund aber war von Anfang an Staatssekretär Anton Ackermann, der im Politbüro der SED saß. Damit befaßt sich Matthias Dornfeldt. Natürlich mußten sich alle DDR-Diplomaten dem Führungsanspruch der SED unterwerfen. Kenntnisse auf diplomatischem Gebiet und gute Umgangsformen waren dabei zunächst weniger gefragt als die Treue zur Arbeiterklasse, die feste Verbundenheit mit dem Arbeiter-und-Bauern-Staat. Denn Diplomatie war nach marxistisch-leninistischem Verständnis in erster Linie eine Fortsetzung des internationalen Klassenkampfes mit anderen Mitteln.

Jedenfalls waren Erfolge in der Außenpolitik für die SED auch innenpolitisch von Nutzen. Aus jeder Botschaftseröffnung in Ost-Berlin ließ sich Legitimationszuwachs herleiten. Mancher Genosse von der Spree sah schon früh die Alpen Österreichs glüh'n. Wie intensiv sich die DDR jahrelang um die diplomatische Anerkennung durch Österreich bemühte, zeigt Enrico Seewald in seinem Beitrag. Wien zögerte lange, bis durch Willy Brandt Bewegung in die Ostpolitik kam und im Mai 1973 auch Friedrich Bauer als erster österreichischer Botschafter in Ost-Berlin ankam. Er residierte anfangs im Hotel „Berolina“. Zwar wurde dieser Gast seit Jahren erwartet, an eine Residenz für die Exzellenz hatten die Herren der Planwirtschaft aber trotzdem nicht gedacht.

In den frühen DDR-Jahren stellten sogar die wenigen Residenzen der befreundeten Staaten für die DDR-Polizei ein Problem dar. Schnell stieß die Volkspolizei an ihre personellen Grenzen. Enrico Seewald schildert das in einem weiteren Beitrag. Der Volkspolizist repräsentiere bei der Bewachung einer diplomatischen Vertretung die DDR, hieß es in einer frühen Polizeirichtlinie - das war die Theorie. In der Praxis fand die Volkspolizei kaum genügend Leute mit akzeptablem Schulabschluß, mit Parteizugehörigkeit, ohne „Republikflüchtige“ in der Verwandtschaft, ohne Westkontakte und Alkoholprobleme - die Kaderdecke schmolz dahin wie der Alpenschnee in der Frühlingssonne. Innenminister Dickel hatte alle Mühe, die Kampf- und Einsatzbereitschaft im „Wachkommando Missionsschutz“ herzustellen.

Wenn es freilich der Bundesrepublik im internationalen Klassenkampf eins auszuwischen galt, wurde auf Fragen der Etikette gerne verzichtet. Cord Eberspächer und Ger-

hard Wiechmann schlagen ein längst vergessenes Kapitel aus den Annalen des Kalten Krieges auf, der in den sechziger Jahren auch auf dem heißen Kontinent ausgetragen wurde. Dort konnte die DDR insbesondere in jenen Ländern Erfolge verbuchen, die den Judenstaat im Nahen Osten wieder von der Landkarte tilgen wollten. Kommunistische und muslimische Antizionisten reichten sich die Hände zur Bruderhilfe.

Einer, der die außenpolitische Offensive der DDR in Afrika nicht überlebte, war Werner Lamberz. Ein schlecht gewartetes Fluggerät und unqualifizierte Piloten waren die Ursache - Verschwörungstheoretiker verbreiten andere Absturzgründe. Der KGB, die Stasi oder andere finstere Mächte sollen am Werk gewesen sein, um „Honeckers Kronprinzen“ zu beseitigen. Wenn wahr wäre, was in linken Kreisen geglaubt wird, dann starb mit Lamberz die Hoffnung auf eine bessere DDR. Vom Ölreichtum Libyens jedenfalls erhoffte sich die SED-Führung die Deckung jener Lücken, die der DDR nach der Kürzung der sowjetischen Öllieferungen entstanden waren. Erich Honecker schloß deswegen Muammar Gaddafi nicht nur voller Inbrunst in die Arme, sondern auch ins Herz. Das MfS drückte beide Augen zu, als libysche „Diplomaten“ von dort aus den Nahost-Krieg nach Mitteleuropa trugen. Die Spur der Bombenleger, denen 1986 in der West-Berliner Diskothek „La Belle“ drei Menschen zum Opfer fielen, führte direkt in die libysche Botschaft nach Ost-Berlin.

Das Innenleben einer anderen befreundeten Botschaft beschreibt Jorge Luis García Vázquez, der in den achtziger Jahren als kubanischer Dolmetscher in der DDR das weitgesteckte Feld des deutsch-kubanischen Bruderbundes erlebte. Zuerst auf der Sonnenseite und dann - nachdem er nicht mehr spürte - in einer Stasi-Zelle, mit Freiflugticket zurück in die Karibik. Wie schön das Kubabild in den DDR-Medien ausfiel, analysiert Konstantin Prignitz. Denn auch die DDR-Presse und der Rundfunk berichteten nur das Beste über Kuba und seinen Máximo Líder. Nicht schlecht lasen sich auch viele Nachrichten, die aus der amerikanischen Botschaft in Moskau über Stalins Schauprozesse nach Washington gelangten. Otto Wenzels vergleichende Betrachtung legt offen, wie unterschiedlich die Ereignisse in der deutschen und in der amerikanischen Botschaft interpretiert wurden.

Mit diplomatischen Gepflogenheiten hatten die Agenten, deren Tätigkeit sich Bertil Häggman widmet, nichts im Sinn. Häggman stellt dar, wie das MfS seit 1958 in Skandinavien aktiv war. Weitere Beiträge dieser Ausgabe behandeln die Selbstorganisation der kirchlichen Basisgruppen und Ansätze einer Zivilgesellschaft in der DDR (Christoph Wunnicke) sowie das längst vergessene Wirken des SED-Verwaltungskaders Anton Plenikowski, der aus dem Hintergrund den Aufbau des kommunistischen Staats- und Justizapparates steuerte (Angela Schmole). Um einen Ewiggestrigen der DDR-Unrechtsjustiz geht es nun zum dritten, aber nicht zum letzten Mal, wenn vom furchtbaren Juristen Carlos Foth zu berichten ist (Jochen Stadt). Tilmann Fichter und Siegwald Lönnendonker erinnern an die Gründung und die Anfangsjahre des Instituts für Politische Wissenschaft in West-Berlin, für das mehrere emigrierte Gegner des Nationalsozialismus Pate gestanden haben. Wesentliche Hoffnung dieser Remigranten war es, daß in Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat Wurzeln schlagen möge, auf daß niemand mehr furchtbare Richter fürchten müsse. Als das Institut seine Arbeit aufnahm, stand außer Frage, welche Art Justiz in der jungen DDR Angst und Schrecken verbreitete. Ausdrücklich sahen die Gründerväter der Demokratiewissenschaft, welche den Nationalsozialismus bekämpft hatten, auch in der kommunistischen Diktatur Gefährdungspotentiale für eine offene und pluralistische Gesellschaft.

*i. A. Thomas Gerlach und Jochen Stadt*